

Vorlage der Verwaltung	Fachbereich: Bürgermeister	Datum: 07.11.2019	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 2.3	Bezeichnung der Vorlage: Antrag zum Klimaschutz der Fraktionen CDU, FDP, Aktiv für Wegberg und Freie Wähler		Datum: 07.11.2019
Vorlage-Nr: VO/0322/19			Bürgermeister: Gez. Stock
Zu beraten im:			
Ö/N	Datum	Gremium	
Ö	19.11.2019	Ausschuss für Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe (WBUV)	
Ö	17.12.2019	Rat der Stadt Wegberg	

Sachverhalt:

Mit Datum vom 06.11.2019 bitten die Fraktionen CDU, FDP, Aktiv für Wegberg und Freie Wähler den unten aufgeführten Antrag zum Klimaschutz baldmöglichst, spätestens in der letzten Ratssitzung 2019, zu behandeln.

Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Aktiv für Wegberg und Freie Wähler:

- 1. Der Rat der Stadt Wegberg bekennt sich zu den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäische Union.*
- 2. Der Rat der Stadt Wegberg erkennt an, dass die Veränderung des Klimas auch in Wegberg ernsthafte Maßnahmen erfordert, um diese Ziele zu erreichen.*
- 3. Der Rat der Stadt Wegberg erklärt seinen Willen, die Stadt ganzheitlich klimagerecht zu entwickeln. Klimaschutz führt zu mehr Lebensqualität.*
- 4. Der Rat der Stadt Wegberg erklärt seinen Willen, die Belange des Klimaschutzes in gleichem Maße zu beachten, wie die des Umwelt- und Naturschutzes, der sozialen Sicherung der Bürgerinnen und Bürger sowie das Funktionieren des Wirtschaftsstandortes.*
- 5. Der Rat der Stadt Wegberg setzt auf tatsächlich wirksame und zielführende Maßnahmen. Er setzt darauf, Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung eine breiten Öffentlichkeit näher zu bringen und Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Er lehnt bloße Symbolpolitik, Verbote, Bevormundung und Aufwuchs von weiterer Bürokratie ab.*
- 6. Die Stadt Wegberg beteiligt sich aktiv an einem vom Landrat des Kreises Heinsberg initiierten Verfahren für eine klimagerechte Stadtentwicklung (citizenship for future). Das auf Kreisebene bestehende Gremium soll die Herausforderungen des Klimawandels auch für Wegberg diskutieren und der Politik Vorschläge für eine klimagerechte Stadtentwicklung machen.*

7. Das bereits vorhandene Klimaschutzkonzept soll fortlaufend angepasst bzw. weiterentwickelt werden. Dem zuständigen Fachausschuss bzw. dem Rat wird 2 x jährlich über durchgeführte und geplante Maßnahmen berichtet.

8. Spätestens zur Ratssitzung im Dezember 2019 schlägt die Verwaltung fünf Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept vor, die bis zum 30.06.2020 umgesetzt werden können.

Die Verwaltung verweist hier auf die Ausführungen zur Vorlage VO/0185/19-1 aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Wohnen, Bauen, Umwelt und Vergabe vom 10.09.2019.

Beschlussvorschlag:

Ein Beschlussvorschlag erfolgt nach Beratung.

Anlage:

- E-Mail vom 06.11.2019

Unterschrift d. federführenden Fachbereichleiters/Dezernenten
Gez. Stock Bürgermeister

Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten

Anträge Wegberg - Fwd: Antrag zum Klimaschutz

Von: <petra-otten@gmx.de>

An: <antraege@stadt.wegberg.de>

Datum: 06.11.2019 09:20

Betreff: Fwd: Antrag zum Klimaschutz *der Frühl*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktionen CDU, FDP, Aktiv für Wegberg und Freie Wähler Wegberg bitten, den ruhenden Antrag zum Klimaschutz baldmöglichst, spätestens in der letzten Ratssitzung 2019 zu behandeln. Der Vollständigkeit halber habe ich den Antrag angefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Otten. Heinz Niessen. Nicole von den Driesch. Thomas Nelsbach

1. Der Rat der Stadt Wegberg bekennt sich zu den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäische Union.

2. Der Rat der Stadt Wegberg erkennt an, dass die Veränderung des Klimas auch in Wegberg ernsthafte Maßnahmen erfordert, um diese Ziele zu erreichen.

3. Der Rat der Stadt Wegberg erklärt seinen Willen, die Stadt ganzheitlich klimagerecht zu entwickeln. Klimaschutz führt zu mehr Lebensqualität.

4. Der Rat der Stadt Wegberg erklärt seinen Willen, die Belange des Klimaschutzes in gleichem Maße zu beachten, wie die des Umwelt- und Naturschutzes, der sozialen Sicherung der Bürgerinnen und Bürger sowie das Funktionieren des Wirtschaftsstandortes.

5. Der Rat der Stadt Wegberg setzt auf tatsächlich wirksame und zielführende Maßnahmen. Er setzt darauf, Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung eine breiten Öffentlichkeit näher zu bringen und Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Er lehnt bloße Symbolpolitik, Verbote, Bevormundung und Aufwuchs von weiterer Bürokratie ab.

6. Die Stadt Wegberg beteiligt sich aktiv an einem vom Landrat des Kreises Heinsberg initiierten Verfahren für eine klimagerechte Stadtentwicklung (citizenship for future). Das auf Kreisebene bestehende Gremium soll die Herausforderungen des Klimawandels auch für Wegberg diskutieren und der Politik Vorschläge für eine klimagerechte Stadtentwicklung machen.

7. Das bereits vorhandene Klimaschutzkonzept soll fortlaufend angepasst bzw. weiterentwickelt werden. Dem zuständigen Fachausschuss bzw. dem Rat wird 2 x jährlich über durchgeführte und geplante Maßnahmen berichtet.

8. Spätestens zur Ratssitzung im Dezember 2019 schlägt die Verwaltung fünf Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept vor, die bis zum 30.06.2020 umgesetzt werden können.

gez. Thomas Nelsbach Heinz Niessen Nicole von den Driesch Petra Otten

Begründung:

Feststeht und richtig ist, dass es ein ernsthaftes Problem beim Schutz des weltweiten Klimas gibt. Richtig ist aber auch, dass Deutschland am weltweiten CO₂-Ausstoß einen Anteil von lediglich 2 Prozent hat und keine Kommune alleine in der Lage sein wird, wirkstarke Maßnahmen zu ergreifen, um das im Klimaabkommen von Paris festgelegte Ziel von einer Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu erreichen.

Dennoch muss auch in Wegberg ein ernsthafter Beitrag dazu geleistet werden, damit Deutschland seine Verpflichtungen aus diesem Abkommen auch tatsächlich erreicht.

Aus Sicht der CDU (FDP, Fraktion Aktiv für Wegberg?) ist es dabei überaus wichtig, die Menschen auf dem Weg mitzunehmen; z.B. indem sie ihre Häuser sanieren.

Verbote und Bevormundung sind dagegen für eine breite Akzeptanz einer klimagerechten Stadtentwicklung ebenso kontraproduktiv, wie die Ausrufung des Klimanotstands.

Erklärt die Stadt Wegberg den Klimanotstand, müssen alle Maßnahmen und Handlungen dahinter zurückstehen. Der Schutz der Artenvielfalt ebenso wie alle anderen Belange

des Umwelt- und Naturschutzes, die Sorge dafür, den Menschen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen würde ebenso hintangestellt, wie die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsstandortes zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Stadt.

Nicht zuletzt müsste jede Form unnötigen CO2-Ausstoßes konsequent eingestellt werden (Kirmes, Schwimmbad, Volksfeste,...)

CDU (FDP und Aktiv für Wegberg) setzen auf eine breit akzeptierte, klimagerechte Stadtentwicklung, auf ernsthaftes Handeln, nicht auf Symbole. Dazu sollen die vorgeschlagenen Maßnahmen dienen.

Von meinem iPad gesendet